

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Jahrgang 12. 50.

Veröffentlichungen der Anzeigen...
Anzeigen...
Anzeigen...

Erzgebirge: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auz. Postfach-Nr. 1040

Nr. 87

Donnerstag, den 14. April 1932

27. Jahrgang

Der Kampf um die Abrüstung

Frankreichs starre Haltung

Die Abrüstungsvorschläge Litwinows

Genf, 12. April. Vollkommener Litwinow begründete heute vormittag im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz in einflussreicher Rede den Vorschlag seiner Delegation für eine sogenannte progressive und proportionale Abrüstung, deren Wesen darin besteht, daß der Prozentsatz der qualitativen Abrüstungsbeschränkung um so höher sein soll, je größer die Rüstungen des Staates sind. Entsprechend den damals eingereichten russischen Vorschlägen sollen Armeen von mehr als 200.000 Mann um 50 Prozent vermindert werden, während Armeen unter 20.000 Mann keinerlei Verminderungen unterliegen und die Herabsetzung der dazwischen liegenden Heeresstärken sich zwischen 0 und 50 Prozent bewegen soll. Der gleiche Grundsatz, wenn auch mit anderen Zahlen, müsse auf die See- und Luftkräften angewandt werden. Zu dem gestrigen amerikanischen Vorschlag erklärte Litwinow, isolierte Vorschläge für die Abschaffung einer bestimmten Art von Rüstungen seien nicht dazu angetan, die Probleme zu vereinfachen.

Nach Litwinow hielt Tardieu eine längere Rede, um die französischen Vorschläge in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen und gleichzeitig die amerikanischen Vorschläge als unüberprüfbar und undurchführbar abzutun. Durch eine Häufung technischer Argumente suchte Tardieu den Nachweis zu führen, daß es überhaupt nicht möglich sei, den Begriff der Offensivwaffen allgemein gültig festzulegen. Die Beschränkung der Größe bestimmter Waffen oder

bei für sie aufgewendeten Kosten sei gleichfalls unmöglich. Denn nach dem Taschenrechner sei für das Deutschland ein Beispiel gegeben habe, würden ähnliche Ingenieure über Taschenflugzeuge herausbringen. Die Tanks könnten leicht durch landwirtschaftliche Traktoren, die jeder Staat besitze, ersetzt werden. Die amerikanischen Vorschläge griffen die Bestimmungen der Haager Konvention wieder auf; aber über die Humanisierung des Krieges dürfe man die Organisation des Friedens nicht vergessen.

Die Beweisführung Tardieus

Genf, 12. April. Die reflexive negative Haltung, die der französische Ministerpräsident unter Berufung auf die utopischen französischen Vorschläge einer internationalen Armee heute gegenüber jeden Bemühen um einen wenn auch nur bescheidenen Teilerfolg der Abrüstungskonferenz eingenommen hat, beruht auf der pessimistischen Erwartung, die nach allem Vorangehenden gekehrt werden könnten. Ebenfalls wie die unbedingte Gegnerschaft gegen jede Art von Rüstungseinschränkung beruht sie aber auch auf der inneren Widersprüche auf, in die sich Tardieu bei seiner Beweisführung gegen die Abschaffung der Offensivwaffen verwickelte. Bei der Behauptung, daß die Abschaffung der Angriffswaffen einen für jedermann unbedingenden Zustand schaffen würde, hat Tardieu im Eifer offenbar übersehen, daß so das Verbot für die Unhaltbarkeit der Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge darstellt, die bekanntlich eine sehr genaue Definition und ein sehr striktes Verbot dieser Waffen enthalten.

Kempner und sprach ihnen seinen Dank für die bei Durchführung der Wahl des Reichspräsidenten für ihn geleistete große Mithilfe aus. Ferner empfing der Reichspräsident Oberbürgermeister Sahm und sprach auch ihm seinen Dank für die bei Vorbereitung der Kandidatur und der Wahl Hindenburgs geleisteten Dienste aus.

Falt zwei Milliarden Dollar Defizit im amerikanischen Staatshaushalt

Washington, 12. April. Das Defizit im Staatshaushalt erreichte am 9. April nahezu zwei Milliarden Dollar.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des 500-Mill. Ueberbrückungskredits des Reiches vor dem Abschluß

Berlin, 12. April. Die Verhandlungen über die Verlängerung des 500-Millionen-Dollar-Kredits, den das Reich im Oktober 1930 von einem internationalen Bankensyndikat erhalten hat, stehen nunmehr vor dem Abschluß. Dieser Kredit soll hiernach um ein weiteres Jahr, bis zum 10. November 1933, verlängert werden. Für diese Zeit wird der Zinssatz 6 Prozent betragen. Die Kreditrolongation erfolgt mit der Maßgabe, daß im Juli d. J. rund 12 1/2 Prozent des ursprünglichen Betrages, gleich etwa 15,5 Millionen Dollar, getilgt werden. Da von diesem Kredit 15 Prozent auf deutsche Banken entfallen, sind für diese erste Tilgung nur etwa über 13 Millionen Dollar in Devisen erforderlich.

Ministerpräsidentenwahl in Preußen nur mit absoluter Mehrheit

Berlin, 12. April. Der Preussische Landtag war für heute nochmals einberufen, um die Geschäftsordnungsbestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten abzuändern. Die Geschäftsordnung sah bisher zwei Wahlgänge vor. Für den ersten Wahlgang wurde absolute Mehrheit verlangt, d. h. es galt der Kandidat als gewählt, für den mehr als die Hälfte der Abgeordneten Stimmen für den zweiten Wahlgang genügt jedoch relative Mehrheit. Danach war also der gewählt, der von allen Kandidaten die meisten Stimmen erhielt. Diese Bestimmung der Geschäftsordnung sollte auf Antrag der Regierungsparteien dahin abgeändert werden, daß für jeden Wahlgang absolute Mehrheit verlangt wurde. Begründet wurde die Änderung damit, daß auch zum Sturz des Ministerpräsidenten die absolute Mehrheit notwendig sei. Die Frage war, ob genügend Abgeordnete der Sitzung betrocknen würden, weil der Landtag sonst beschlußunfähig gewesen wäre.

Bei der heutigen Abstimmung wurden 223 Stimmen abgegeben; das Haus war also beschlußfähig. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter, eine Stimme war unguiltig, jedoch 200 gültige Stimmen vorlagen. Die absolute Mehrheit davon betrug 110 Stimmen. Mit Nein haben 8 Abgeordnete gestimmt, mit Ja 223. Der Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung ist also angenommen.

Bildung einer neuen preussischen Partei

Berlin, 12. April. In einer Pressebesprechung, zu der Graf Westarp eingeladen hatte, wurde heute die Errichtung einer neuen politischen Gruppe für die preussische Landtagswahl mitgeteilt, die unter der Bezeichnung „Nationale Front deutscher Stände“ die Wirtschaftspartei, die Christlich-nationale Landvolkpartei und eine Organisation „Junge Rechte“ zusammenschließt. In der „Jungen Rechten“ sind vorzugsweise die Konservativen und andere kleine Gruppen enthalten. Der Aufruf, mit dem diese Organisation ins Leben tritt, sagt dem Parteigeist und Parteioptimismus Worte an, fordert sparsame Selbstverwaltung, deren Träger die deutschen Stände gewesen seien, Befestigung des Durchsicherungs in Berlin, Bekämpfung des Arbeitslosigkeit durch Stärkung in West und Ost durch Ausbau des Arbeitsdienstes, Stärkung des Ostens, Hilfe für den bodenständigen Mittelstand, Befestigung von Parteileistungen in das Gebiet der Schule und des Unterrichts, kritische Engländer und schließlich mit den Worten: „Wir müssen und wollen den Sieg vom 10. April ausbauen. Für Hindenburg wollen wir auch in Preußen die Rechte sichern, die es ihm ermöglicht, erfolgreich für Deutschlands Zukunft und Wohlstand zu kämpfen, damit wieder erfüllt ein Preußen-Deutschland, würdig seiner Vergangenheit, in aller Größe und Freiheit.“

Die Klage der Signatarmächte gegen Litauen

Berlin, 12. April. Die Einleitung der Klage der Signatarmächte gegen Litauen wegen der Maßnahmen der litauischen Regierung im Memelgebiet bedeutet nach Auffassung hiesiger politischer Kreise eine entscheidende Klärung der von der litauischen Regierung gewünschten Prozedur eines gemeinsamen Schrittes beim Haager Schlichterhof. Offensichtlich sind die Sig-

Die Finanzlage Oesterreichs, Ungarns, Bulgariens und Griechenlands vor dem Völkerbundsrat

Genf, 12. April. Der Völkerbundsrat ist heute nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um zu dem Bericht des Finanzausschusses über die Finanzlage Oesterreichs, Bulgariens, Ungarns und Griechenlands Stellung zu nehmen. Der Bericht des Finanzausschusses ist von besonderer Bedeutung, da er sich nicht auf die Klarstellung der finanziellen Lage der betroffenen Länder beschränkt. Er stellt vielmehr mit allem Nachdruck fest, daß eine dauerhafte Hilfe für diese Länder nicht zu erwarten ist, solange die großen Probleme (Reparationen und politische Schäden) nicht gelöst werden, eine Last, die der Bericht überträgt, der norwegische Außenminister Brandland unterstreicht. Er erklärte aber auch, daß er nicht in der Lage sei, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, sondern daß er es dem Räte überlasse, die entsprechenden Folgerungen aus dem Bericht zu ziehen.

In der Aussprache ergreifen zunächst die Vertreter der an der Londoner Konferenz beteiligten vier Mächte das Wort. Der französische Ministerpräsident Tardieu beschränkte sich auf eine rein formale Mitteilung über die Arbeiten dieser Konferenz. Der englische Außenminister Sir John Simon bestätigte die Mittelungen Tardieus und legte besonderes Gewicht auf den Schutz der Anleihegläubiger. Neue Anleihen dürften jedenfalls keine neue unproduktive Belastung für die hilflosen Länder darstellen. Der italienische Außenminister Grandi sagte, die wirtschaftlichen Bande zwischen Italien und den beteiligten Ländern seien die beste Gewähr dafür, daß Italien alles tun werde, um eine Besserung der Lage herbeizuführen.

In längerer Ausführungen nahm Staatssekretär von Bülow zur Londoner Konferenz und zum Bericht des Finanzausschusses Stellung. Der Zweck der Londoner Konferenz sei gewesen, die Mittel zu finden, um gewisse überhörschulden Staaten aus ihrer Notlage zu befreien. Einige dieser Staaten seien durch die in Folge der Friedensverträge entstandenen Lage ihrer wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten bedroht. Die statuten Finanzschwierigkeiten seien daher der Ausgangspunkt, aber nicht der einzige Zielsetzungsgegenstand der Konferenz gewesen. Die notleidenden Länder müßten in die Lage versetzt werden, künftig auf eigenen Füßen zu stehen. Nicht die gleiche Eingetragene wie über das Ziel habe sich in London über die Mittel zu seiner Bewältigung ergeben. Eine Lösung werde aber bestimmt gefunden werden können, und Deutschland werde von sich aus alles dazu tun. Bülow unterstrich schließlich aus dem Bericht des Finanzausschusses eine Reihe von Empfehlungen, insbesondere über die Notwendigkeit sofortigen Handelns, und erklärte es für bedauerlich, daß trotz dieser auch im Bericht des beratenden Sonderausschusses der V. V. S. enthaltenen Feststellung die Lausanne-Konferenz bis Juni verschoben worden sei.

Nach Zusammenfassung der heutigen Debatte durch Tardieu wurde eine Entschließung angenommen, in der der Völkerbundsrat eine gemeinsame Stellungnahme der vier Regierungen und die technische Organe des Völkerbundes vorschlägt. Weiter wird festgestellt, daß es Sache des Völkerbundsrates sein werde, über die Maßnahmen zu beschließen, die auf Grund des Berichtes zu treffen seien. Zu diesem Zweck soll der Bericht auf die Tagesordnung des nächsten Ratetages gesetzt werden.

Der Völkerbundsrat wird voraussichtlich am Donnerstag wieder zusammentreten, um zu dem besonderen Teil des Berichtes über die Lage Oesterreichs, Bulgariens, Ungarns und Griechenlands im einzelnen Stellung zu nehmen.

Das Reichskabinett wieder an der Arbeit

Beratungen über Arbeitsbeschaffung, Etat und Genf

Berlin, 12. April. Das Reichskabinett ist heute vormittag um 10 Uhr zusammengesessen. Die Beratungen werden bis in die späten Abendstunden dauern, am morgen nachmittag fortgesetzt zu werden. Morgen vormittag wird der Reichskanzler an dem außerordentlichen Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilnehmen. Die Kabinettsberatungen am morgigen vormittag werden dann voraussichtlich sich bis kurz vor der Abreise Dr. Brüning nach Genf erstrecken. Auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung, der ersten nach den Osterferien und nach dem Wahlkampf, stehen drei Hauptfragen: der Reichsetat für 1932/33, das Arbeitsbeschaffungsprogramm und schließlich die aktuellen Probleme der Außenpolitik. Der Haushaltsentwurf balanciert mit 8 1/2 Milliarden RM. Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm liegt eine Fülle von Vorschlägen vor, bei denen auch die Frage einer Ausgestaltung der umstrittenen Arbeitsdienstpflcht eine Rolle spielt. Der Reichskanzler hat die Absicht, über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung morgen vormittag auf dem Gewerkschaftskongreß, der im Plenarsitzungssaal des Reichstags stattfindet, zu sprechen.

Glückwünsche und Freuegelübniße aus Wiederwahl Hindenburgs

Berlin, 12. April. Dem Herrn Reichspräsidenten sind aus Anlaß seiner Wiederwahl Glückwünsche von einer großen Anzahl von Staatsoberhäuptern, von den Staats- und Ministerpräsidenten deutscher Länder, von Provinzen und Städten, von Spitzenorganisationen und Verbänden sowie viele Laufende privater Rundgebungen zugegangen. Besonders zahlreich sind die Glückwünsche und Freuegelübniße, die dem Reichspräsidenten aus Kreisen der Auslandsdeutschen zugegangen sind.

Der Dank des Reichspräsidenten an die Vertreter der Hindenburgauschüsse

Berlin, 12. April. Der Reichspräsident empfing heute den Arbeitsausschuß der Vereinigten Hindenburgauschüsse, Landrat a. D. Gerets, Graf Westarp und Generalmajor a. D. von Winterfeldt sowie Staatssekretär z. D.

Rita, den auf me...
SO : 800
pfar...
lo, Vereini...
i Ausführe...
stellen ange...
mit a...
ein monat...
ur, mit ge...
schäftigen G...
winnte ein...
e Gemein...
das Einge...
seinem Sach...
ob dem die...
„allerhand“...
lösung lei...
da für un...
de Jugend